

Patienten ohne Grenzen

Von 2013 an europaweit freie Wahl des Arztes oder der Klinik

Straßburg/Vechta (dpa/gio) – Die Behandlung bei einem Arzt oder einer Klinik in einem anderen EU-Land dürfte von 2013 an sehr viel einfacher werden. Ob Chemotherapie in Deutschland, Handoperation in Frankreich oder Zahnersatz in Ungarn: Nach jahrelangen kontroversen Debatten hat das Europaparlament am Mittwoch in Straßburg einen entsprechenden Gesetzesvorschlag verabschiedet.

Darin ist verbindlich festgeschrieben, dass die Krankenkassen die Kosten der Behandlung tragen, die auch im Inland anfallen würden. Bei Krankenhausaufenthalten kann eine vorherige Genehmigung nötig werden. Falls die Kassen den Antrag ablehnen, müssen sie dies genau begründen. Beispielsweise könnte bei einem Herzkranken eine Reise ins Ausland als zu gefährlich abgelehnt werden.

Für Spanier, Briten und die Bewohner osteuropäischer EU-Länder bringen die neuen Regelungen klare Fortschritte. Für Deutschland ändert sich kaum etwas, da die Behandlung im EU-Ausland und ihre Erstattung durch die heimische Kasse schon lange möglich sind.

„Grundlage hierfür war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs“, erklärte der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU). Habe sich eine Kasse aber nicht an das Urteil gehalten, sei für die Versicherten nur der Klageweg möglich gewesen, um ihr Recht durchzusetzen. Nun werde es allerdings auch in Deutschland ein ent-



Werbeplakat einer polnischen Zahnklinik in Stettin. Foto: dpa

sprechendes Gesetz geben. Der SPD-Europa-Abgeordnete Matthias Groote aus Rhauderfehn bedauerte, dass Patienten bei einer Behandlung im EU-Ausland in Vorleistung treten müssen und erst im Nachhinein das Geld von ihrer Kasse zurückerstattet bekommen. Das Europäische Parlament sei „für ein Gut-schein-System mit direkter Abrechnung eingetreten“. Doch habe man sich nicht gegenüber dem Rat, in dem die Regierungen der 27 EU-Mitgliedsstaaten vertreten sind, bei den Verhandlungen durchsetzen können.

Angesichts des hohen Standards in der Gesundheitsversorgung in Deutschland sieht Mayer folgende Entwicklung: „Es werden sich hier mehr EU-Bürger behandeln lassen.“ Auch deutsche Kliniken und Ärzte begrüßen die Regelung, da sie sich zusätzliche Patienten aus den

Nachbarländern versprechen. Groote sieht allgemein besondere Vorteile für Grenzbewohner. Der SPD-Abgeordnete ist aber auch überzeugt, dass es zu einem verstärkten Wettbewerb der Gesundheitssysteme in den einzelnen EU-Staaten kommen wird. Er betont: „Es soll auch ein Referenzsystem eingesetzt werden, damit man nicht nur den Wettbewerb um den besten Preis, sondern auch in der Qualität hat“. Besonders bei Krebstherapien gebe es erhebliche Unterschiede in den einzelnen EU-Ländern.

EU-Gesundheitskommissar John Dalli betonte in der Debatte, dass besonders Patienten mit langen Wartezeiten für Operationen im eigenen Land von den neuen Bestimmungen profitieren könnten. Sie könnten in ein europäisches Land ausweichen, wo eine schnellere Behandlung möglich ist.

